

**REGIONALE IMPLEMENTIERUNGSSTRATEGIE ZUM
INTERNATIONALEN AKTIONSPLAN VON MADRID
ÜBER DAS ALTERN
2002¹**

VERPFLICHTUNGEN

VERPFLICHTUNG 1

EINBEZIEHUNG DER DIMENSION DES ALTERNS IN ALLE POLITISCHEN BEREICHE, UM GESELLSCHAFTEN UND VOLKSWIRTSCHAFTEN MIT DEM DEMOGRAFISCHEN WANDEL IN EINKLANG ZU BRINGEN UND EINE GESELLSCHAFT FÜR ALLE LEBENSALTER ZU VERWIRKLICHEN

1. Gemäß den Zielen und Verpflichtungen des Internationalen Aktionsplans von Madrid über das Altern 2002 zielt diese Regionale Implementierungsstrategie (RIS) für die Region der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) in erster Linie darauf ab, den Mitgliedstaaten ein Paket von Verpflichtungen an die Hand zu geben, um sie bei ihren Bemühungen zu unterstützen, angemessen auf die Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit der Alterung der Bevölkerung zu reagieren und eine Gesellschaft für alle Lebensalter zu schaffen.

2. Unsere globale Verpflichtung besteht darin, die Altersfragen in alle politischen Bereiche einzubringen und so gleichstellungs- und erkenntnisorientierte, koordinierte und integrierte Politikkonzepte zu entwerfen, die unseren Gesellschaften und Volkswirtschaften ermöglichen, mit dem demografischen Wandel Schritt zu halten. Dies gilt in gleichem Maße für die Bereiche Gesundheit, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Sozialschutz und Bildung.

3. Um erfolgreich zu sein, sollten die altenpolitischen Konzepte von einem ganzheitlichen Ansatz ausgehen und in koordinierter Weise über ein breites Spektrum von Aktionsbereichen verfolgt werden. Die vielschichtigen und miteinander verflochtenen Herausforderungen und Chancen, die sich aus einer alternden Bevölkerung ergeben, müssen berücksichtigt werden, wenn man einen Rahmen für erfolversprechende politische Antworten entwerfen möchte. Das Konzept beruht auch auf der Prämisse, dass die richtigen politischen Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen bei ordentlicher Koordinierung und konsequenter Anwendung in der Lage wären, die aus diesem demografischen Wandel resultierenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern und das in einigen Bevölkerungsgruppen, vornehmlich der älteren Generation, brachliegende Potential zu nutzen.

4. Diese Strategie soll die Entwicklung geeigneter politischer Instrumentarien zur Bewältigung der gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen im Zusammenhang mit den Fragen des Alterns vereinfachen, indem die besten Erkenntnisse und erprobte Praktiken, die in der Region vorhanden sind, zusammengetragen und verbreitet werden, um geeignete Lösungen für das Alterungsproblem zu finden. Diese Strategie muss die Vielfalt der sozialen, politischen, wirtschaftlichen und demografischen Situationen innerhalb der UNECE-Region widerspiegeln.

¹ Nichtamtliche deutsche Übersetzung des englischen Originaldokuments ECE/AC.23/2002/2/Rev.6

5. Alle politischen Konzepte sollten den Veränderungen Rechnung tragen, die der Einzelne im Laufe seines Daseins erlebt. Sie sollten so gestaltet sein, dass sie die Teilnahme an der Entwicklung der Gesellschaft erleichtern und sozialer Ausgrenzung als Ergebnis verringerter funktionaler Fähigkeiten aufgrund von fortgeschrittenem Alter und Invalidität entgegenwirken.

6. Die demografischen Veränderungen stellen die Grundlagen der sozialen Sicherheitssysteme in der UNECE-Region in Frage. So muss beispielsweise eine geringere Anzahl erwerbstätiger Menschen künftig die finanziellen Bedürfnisse eines zunehmenden Bevölkerungsanteils älterer Menschen tragen. Dies wirkt sich auf den intergenerationellen Transfer von Ressourcen innerhalb einer Gesellschaft insgesamt aus. Gleichzeitig führt der demografische Wandel verstärkt zu einem Transfer von Vermögen von älteren auf jüngere Generationen innerhalb der Familie. Deshalb sollte die Politik so konzipiert werden, dass sie die intergenerationelle Solidarität fördert, u. a. durch innovative Maßnahmen zur Bewältigung der finanziellen Herausforderungen und zur Belebung des Dialogs zwischen den Generationen.

7. Auch die Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen von älteren Menschen müssen angesprochen werden. Dabei spielen Nachbarschaft und andere gemeindenahere Hilfsdienste eine wichtige Rolle und sind nicht-staatliche Organisationen, vor allem Seniorenverbände, ein wichtiger Faktor bei der Intensivierung solcher Aktivitäten, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Behörden. Intergenerationelle Solidarität bedarf auch der Erkenntnis, dass bei der Mittelverteilung tendenziell stets diejenigen Gruppen bevorzugt werden, die ihre Forderungen am erfolgreichsten durchsetzen oder geltend machen.

8. Die Förderung und der Schutz aller Menschenrechte und Grundfreiheiten sind von entscheidender Bedeutung für die Schaffung einer alle Altersgruppen umschließenden Gesellschaft, an der sich die älteren Menschen voll, unterschiedslos und gleichberechtigt beteiligen. Es ist wesentlich, die altersbedingte Diskriminierung zu bekämpfen und die Würde der älteren Menschen zu fördern, damit sie die ihnen zustehende Achtung genießen. Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind wichtig für die Verwirklichung einer Gesellschaft für alle Lebensalter. Zu diesem Zweck muss das gegenseitige Verhältnis zwischen den Generationen und innerhalb der Generationen durch einen umfassenden und echten Dialog gepflegt, weiter entwickelt und ermutigt werden.

9. Deshalb soll das nachfolgende Paket miteinander verknüpfter Verpflichtungen den Mitgliedstaaten helfen, sich auf die wichtigsten politischen Prioritäten im Zusammenhang mit dem Altern der Bevölkerungen zu konzentrieren. Wir wollen die vollständige Integration der älteren Menschen in die Gesellschaft und ihre uneingeschränkte Teilnahme daran gewährleisten und die Strategie in engstmöglicher Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft, insbesondere den Senioren, den Organisationen und dem Privatsektor, umsetzen.

VERPFLICHTUNG 2

GEWÄHRLEISTUNG DER VOLLEN GESELLSCHAFTLICHEN INTEGRATION UND TEILHABE DER ÄLTEREN MENSCHEN

10. Die bestehenden völkerrechtlichen Vertragswerke bekräftigen den Grundsatz, dass keinem Menschen die Möglichkeit vorenthalten werden darf, an der Gesellschaft teilzuhaben und von den ökonomischen und sozialen Entwicklungen zu profitieren. Ältere Menschen unterliegen in stärkerem Maße dem Risiko, dass ihnen diese Chance versagt wird, und es ist deshalb von größter Bedeutung, dass alle Formen von Diskriminierung bekämpft und die uneingeschränkte Inanspruchnahme aller Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt werden. Das Zusammenwirken von Faktoren wie geografische Mobilität, Verstädterung, wirtschaftliche Entwicklung und altersbedingte Ungleichheit beim Zugang zu sozialen Einrichtungen und zum Arbeitsmarkt haben zu einer Altersdiskriminierung geführt und behindern die Integration der Äl-

teren in die Gesellschaft. In den süd- und osteuropäischen Ländern leiden sehr viele ältere Menschen, die in ländlichen Strukturen und in abgelegenen Gegenden ohne Unterstützung durch ihre Familien leben, weiterhin unter spezifischen Problemen, insbesondere beim Zugang zu Infrastrukturen und Dienstleistungen. Bei den Mitteln zur Bekämpfung gesellschaftlicher Isolation und Randständigkeit spielt die politische, wirtschaftliche, zivile und kulturelle Teilhabe eine wichtige Rolle. Zudem erhöht sie die Lebensqualität der älteren Menschen und trägt zum Funktionieren der Gemeinden und der Gesellschaft als Ganzem bei.

11. Ältere Menschen spielen eine höchst bedeutungsvolle Rolle in den Familien und der Gemeinschaft, auch wenn ihre Beiträge häufig nicht ausreichend gewürdigt werden und das soziale Kapital, das sie besitzen, sehr oft zu wenig in Anspruch genommen wird. Das Wissen, das ältere Menschen aus lebenslanger Erfahrung erworben haben, ist ein wichtiger Faktor der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Senioren leisten viele wertvolle Beiträge, die sich nicht in ökonomischen Begriffen ausdrücken lassen; hierzu zählen die Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern, produktive Arbeiten zur Bestreitung des Lebensunterhalts, Haushaltspflege und ehrenamtliche Tätigkeiten in der Gemeinschaft. Die Rolle der älteren Frauen bei diesen unbezahlten Tätigkeiten ist besonders wichtig und sollte größere Berücksichtigung finden.

12. Ein positives Bild vom Alter und von den älteren Menschen, vor allem den älteren Frauen, ist äußerst wichtig für die Gewährleistung ihrer vollen gesellschaftlichen Integration und Beteiligung. Das Image der Senioren als aktive Teilnehmer muss verstärkt werden. In vielen Ländern der UNECE-Region sind immer mehr Menschen im fortgeschrittenem Alter gebildeter, finanziell unabhängiger und gesünder als früher. In den wirtschaftlichen Schwellenländern ist die ökonomische und soziale Lage der älteren Menschen weiterhin extrem schwierig. Allerdings sind die in den vergangenen Jahren in einigen dieser Länder erzielten Fortschritte, die zur einer Verbesserung der Gesamtsituation beitragen, ermutigend. Dennoch müssen von allen Beteiligten besondere Anstrengungen unternommen werden, um ein positives Bild vom Alter und von den älteren Menschen in diesen Ländern zu fördern.

13. Die folgenden politischen Ziele sollten als Teil dieser Verpflichtung verstanden werden.

Verstärkte Entwicklung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Teilhabe der älteren Menschen

14. Die im Rahmen dieser Zielsetzung zu treffenden Maßnahmen sollten auf der Erkenntnis beruhen, dass der Beitrag der älteren Menschen zur Gesellschaft über ihre ökonomischen Aktivitäten hinausgeht; ferner sollte ihr Beitrag zur Familie, zur Gemeinde und zur Gesellschaft insgesamt erkannt, ermutigt und unterstützt werden. Dies könnte durch Medienkampagnen und Schulprogramme erreicht werden, die den Beitrag der älteren Menschen zur Gesellschaft konkret thematisieren. Die Familie spielt ebenfalls eine große Rolle bei der Förderung eines besseren Verständnisses für den Beitrag der älteren Generation. Die älteren Menschen sollten als wichtige Verbrauchergruppe mit gemeinsamen wie individuellen Bedürfnissen, Interessen und Präferenzen verstanden werden. Regierungen, Dienstleistungsunternehmen und die Zivilgesellschaft sollten die Meinungen der älteren Menschen bei der Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen berücksichtigen. Die Mitwirkung an sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Aktivitäten stellt nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Gesellschaft dar, sondern fördert auch ein positives Image der älteren Menschen und hilft bei der Bekämpfung sozialer Isolation; deswegen muss sie in all ihren Formen von allen betroffenen gesellschaftlichen Akteuren gefördert werden. Vor allem der politischen Beteiligung kommt eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Situation der älteren Menschen in der Gesellschaft zu. Die Hürden, die ältere Menschen, insbesondere Frauen, daran hindern, in verantwortliche Positionen auf allen Ebenen zu gelangen, sollten abgebaut werden. Regierungen und andere Akteure sollten alles daran setzen, die Bedürfnisse und Belange der älteren Menschen bei Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen und in allen Bereichen einzubeziehen. Die Regierungen sollten das Entstehen von Organisationen und Mechanismen für ältere Menschen auf den entsprechenden Ebe-

nen unterstützen, um diesen Personenkreis bei Entscheidungsprozessen durch adäquate Maßnahmen vertreten zu können.

15. Die älteren Menschen sind die besten Anwälte in eigener Sache. Gemäß der Empfehlung des Wiener Internationalen Aktionsplans zur Frage des Alterns haben eine Reihe von Ländern nationale Seniorenkommissionen mit dem Ziel ins Leben gerufen, eine dynamische und koordinierte nationale Antwort auf das Phänomen des Alterns zu finden, insbesondere durch den Schutz der Rechte der Senioren, die Förderung ihres Wohlbefindens und die Bewertung politischer Maßnahmen, Programme und Dienste für ältere Menschen. Diese nationalen Kommissionen haben sich als ausgezeichnete Plattform zur Förderung des Beitrags der älteren Menschen bei Entscheidungsfindungen erwiesen.

16. Es müssen gemeinsame und intensivere Anstrengungen unternommen werden, um das häusliche und allgemeine Umfeld der älteren Menschen in ländlichen Gebieten zu verbessern, vor allem in einer Reihe von Schwellenländern. Die Verbesserung der ländlichen Lebensbedingungen und Infrastruktur ist besonders wichtig, um einer sozialen Ausgrenzung der älteren Menschen entgegenzuwirken. Es sollten politische Konzepte entwickelt und umgesetzt werden, die die Schaffung von Anreizen und Subventionen für Dienstleistungen in den Bereichen des Wohnungswesens, der Kollektiveinrichtungen und der hygienisch-sanitären Versorgung vorsehen sowie altersfreundliche Lösungen für die Bereitstellung erreichbarer und bezahlbarer Transportmöglichkeiten für ältere Menschen, besonders in ländlichen und abgelegenen Gegenden begünstigen.

Förderung der Integration der älteren Menschen durch Unterstützung ihrer aktiven Beteiligung an der Gemeinschaft und Verbesserung der intergenerationellen Beziehungen

17. Die Einbeziehung der älteren Menschen in das Gemeindeleben trägt zur Steigerung ihrer Lebensqualität sowie zum Funktionieren der Gemeinschaft bei. Die Regierungen sollten deshalb im Benehmen mit Kommunalbehörden, nicht-staatlichen Organisationen und Altenvertretern den Fortbestand oder die Entwicklung von Gemeinschaften, in welche die Senioren voll eingebunden sind, mittels eines breit angelegten, sektorübergreifenden Ansatzes fördern, der politische Bereiche wie Kommunalentwicklung, Wohnungswesen, Umwelt, Verkehr, Gesundheit, soziale Betreuung, Bildung, Arbeit und Freizeit umfasst. Innerhalb dieser Gemeinschaften sollten die betreffenden Akteure aufgefordert werden, Einrichtungen für Menschen aller Altersstufen zur Verfügung zu stellen und für Menschen unterschiedlicher Generationen mit ähnlichen Interessen Anreize zu schaffen, sich zu treffen, Beziehungen anzuknüpfen und Erfahrungen auszutauschen. Die Einrichtung oder Weiterentwicklung von Zentren für ehrenamtliche Aktivitäten sollte gefördert werden, damit junge und ältere Menschen sich gegenseitig beeinflussen und helfen können. Die kommunalen Behörden sollten aufgefordert werden, die Verkehrsmittel und andere infrastrukturelle Dienstleistungen sicher, zuverlässig und benutzerfreundlich zu gestalten. Es sollten Programme für ländliche und abgelegene Gebiete, in denen ältere Menschen Gefahr laufen, isoliert und von ihren nächsten Familienangehörigen oder den Sozialdiensten und anderen Infrastrukturen abgeschnitten zu sein, aufgelegt werden.

Förderung eines positiven Images des Altwerdens

18. Die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels sollten Medienkampagnen sowie gezielte Anreize für Arbeitgeber, Kommunen und andere gesellschaftliche Akteure einschließen. Bei der Förderung eines positiven Images des Alterns, zu dem auch die Darstellung der behinderten älteren Menschen gehört, und bei der Hervorhebung ihres Beitrags zur Gesellschaft spielen die Medien eine entscheidende Rolle. Die Regierungen sollten im Einvernehmen mit lokalen Behörden und nicht-staatlichen Organisationen zusammen mit den Massenmedien daran arbeiten, dass dies auf angemessene und effiziente Weise geschieht. Besonders sollte man darum bemüht sein, den Arbeitgebern aller Sektoren die Beiträge, die ältere Menschen leisten können, und die Vorteile einer vielschichtigen Arbeitnehmerschaft nahe zu bringen. Alle Hemmnisse, die einer fortgesetzten Beteiligung älterer Arbeitnehmer am Erwerbsleben entgegenstehen, sollten beseitigt werden. Die Regierungen sollten auch im Benehmen mit den Kommunalbehörden und nicht-staatlichen Organisationen auf Gemeindeebene versuchen, den Dialog zwischen den Generationen zu erleichtern und ein besseres gegenseitiges Verständnis herzustellen. In dieser Hinsicht können alle Aktionen zur Förderung der Integration der älteren Menschen dazu beitragen, das Alter in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Alle Sozialpartner müssen erkennen, dass die Senioren eine heterogene Gruppe sind, deren Mitglieder unabhängig von ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen Herkunft, wirtschaftlichen Tätigkeit oder Pflege- und Hilfebedürftigkeit als beachtliches Potential anzusehen sind. Dementsprechend müssen Maßnahmen zur Förderung einer differenzierten und vielseitigen Darstellung des Lebens der älteren Menschen, sowohl von Männern als auch von Frauen, ergriffen werden, die mehr der Realität entspricht.

19. Die Förderung einer positiven, aktiven und entwicklungsorientierten Sicht des Alterns kann durchaus von den älteren Menschen selbst herrühren. Es ist wichtig, sie zu ermutigen, die positiven Aspekte des Altwerdens stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, indem sie eine realistische Darstellung vom Altersdasein geben. Die Massenmedien könnten mit Hilfe der Senioren bei der Verdeutlichung der Weisheit, der Stärken, der Beiträge und des Ressourcenreichtums der älteren Menschen eine wichtige Rolle spielen.

VERPFLICHTUNG 3

FÖRDERUNG EINES GERECHTEN UND NACHHALTIGEN WIRTSCHAFTSWACHSTUMS ALS ANTWORT AUF DAS ALTERN DER BEVÖLKERUNG

20. Das zunehmende Älterwerden der Bevölkerung in der UNECE-Region wird das Verhältnis der Zahl der erwerbslosen Personen zur Zahl der erwerbstätigen weiter verschärfen. Diese Entwicklung erhöht die Besorgnis über die finanzielle Nachhaltigkeit der Sozialen Sicherung im Allgemeinen und der Altersversorgungssysteme im Besonderen. Vor diesem Hintergrund besteht das wesentliche ökonomische Problem darin, die vorhandenen Mittel gerecht und nachhaltig zwischen Beschäftigten und Nichtbeschäftigten aufzuteilen. Generell lassen sich Fragen der Verteilung und des Transfers leichter beantworten, wenn die verfügbaren Mittel in ausreichendem Maße zunehmen. Es ist deshalb wichtig, alles daran zu setzen, um die zugrunde liegenden wirtschaftlichen Wachstums- und Produktivitätsraten in der UNECE-Region zu steigern, wobei gleichzeitig gewährleistet sein muss, dass dieses nachhaltige Wachstum sozial- und umweltverträglich ist. Kurzfristig höhere wirtschaftliche Wachstumsraten führen nämlich nicht automatisch zu zufriedenstellenden Verteilungseffekten, ermöglichen jedoch, wenn sie von einer umfassenden, alterungsorientierten Strategie flankiert werden, die Herausforderungen dieses demografischen Umbruchs besser in den Griff zu bekommen.

21. Wachstum allein reicht nicht aus, um die Fragen der Mittelverteilung zu beantworten, die sich angesichts der alternden Bevölkerung vermehrt stellen, und es gibt auch keine Garantie dafür, dass Wachstum zu sozial verträglichen Ergebnissen führt. Die Politiker sollten bedenken, dass die Früchte des Wachstums unter möglichst vielen aufgeteilt werden müssen. Dies ist auch der Grund, warum sich der Schwerpunkt der politischen Diskussion der vergangenen Jahre mehr und mehr auf ein gerechtes und nachhaltiges Wachstum verlagert hat, da einerseits die Resultate des Wachstums auf keinen Fall nachteilige Auswirkungen auf einzelne Personen und Bevölkerungsgruppen haben dürfen, andererseits aber langfristige Vorteile und Möglichkeiten für die große Mehrheit nicht durch kurzfristige Vorteile für einige wenige gefährdet werden dürfen. Man ist deshalb der Auffassung, dass Wirtschaftswachstum die Vollbeschäftigung, die Beseitigung der Armut, die Preisstabilität sowie nachhaltig ausgeglichene Haushalte und Zahlungsbilanzen gewährleisten sollte, damit alle Menschen, und in erster Linie die Armen, davon profitieren. Darüber hinaus gibt es überzeugende Anhaltspunkte dafür, dass politische Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit und der Bildung, zur Verringerung der Armut und zur Bereitstellung von Sicherheitsnetzen zur Abfederung von Wirtschaftskrisen die Wachstumsaussichten verbessern. Die Sozial- und Gesundheitspolitik der kommenden Jahre muss die notwendige Entwicklung umfassender Gesundheits- und Sozialleistungen für ältere Menschen wie auch die Finanzierung dieser Leistungen, die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum voraussetzen, berücksichtigen. Jedoch beeinflussen sich diese Faktoren mit der Zeit gegenseitig, sodass die Politik auf breiter - auch makroökonomischer - Front eingreifen muss.

22. Die Unterschiede, die zur Zeit zwischen der makroökonomischen Situation und den Kapazitäten des westlichen Teils dieser Region und den Schwellenländern, insbesondere den Ländern, die nicht Kandidat für einen Beitritt in die EU sind, machen es erforderlich, dass wirtschaftliche und soziale Reformen in diesen Ländern auch Antworten auf die Probleme mit ihrer alternden Gesellschaft beinhalten.

Die folgenden politischen Ziele sollten als Teil dieser Verpflichtung erreicht werden:

Ziel der Beschleunigung der tendenziellen Wachstumsrate in Westeuropa und Nordamerika

23. In Anerkennung der Wechselwirkung von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen sollte die gegenwärtige Ausrichtung der makroökonomischen Politiken überprüft werden mit dem Ziel, auf der einen Seite die Haushalts- und die Währungspolitik besser zu harmonisieren und auf der anderen Seite den Wachstumszielen und der Beschäftigung größeres Gewicht zu verleihen. Die Haushaltspolitik sollte die Stabilisierung der Wirtschaft und die Verbesserung des Fundaments für Wirtschaftswachstum durch eine mittelfristige Ausgabenstrategie für Infrastruktur, Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung usw. anstreben. Die Währungspolitik sollte ihr Augenmerk auf die zugrunde liegenden Inflationsraten richten und sich antizyklisch verhalten, indem sie den Inflationsraten einen ausreichenden Spielraum einräumt, um zugleich glaubwürdig und wachstumsförderlich zu sein.

Ziel der Beschleunigung der tendenziellen Wachstumsrate in wirtschaftlichen Schwellenländern

24. Nationale und internationale Strategien für Wirtschaftsreformen in Schwellenländern mit der Aussicht, die Armut, vor allem bei den älteren Menschen, zu beseitigen, sollten als eine Priorität begriffen werden. Ernsthafte Anstrengungen zugunsten wirtschaftlich effizienter Rahmenbedingungen und institutioneller Strukturen, die zu einem fairen Wettbewerb beitragen, könnten Wachstumsimpulse auslösen. Die internationale Unterstützung sollte sich auf das Abfedern der sozialen Kosten von Reformen konzentrieren und die Schaffung leistungsfähiger Institutionen zur Förderung der Marktwirtschaft und neuer Demokratien begünstigen.

VERPFLICHTUNG 4

ANGLEICHUNG DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME ALS ANTWORT AUF DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL UND SEINE SOZIALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN FOLGEN

25. Die Systeme der Sozialen Sicherung werden für gewöhnlich als Schutz des Einzelnen und seiner Familie vor Risiken und Folgen von Arbeitslosigkeit, ernsten gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Armut und weiteren Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, die im Laufe eines Menschenlebens auftreten können, betrachtet. Sie können auch zur Beibehaltung eines angemessenen Einkommens und zum Schutz der Rechte aller Bevölkerungsgruppen beitragen. Diese Systeme spiegeln die hohen politischen und gesellschaftlichen Werte der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität wider, die dem Ausmaß von Ungleichheit oder sozialer Benachteiligung, die eine Gesellschaft zu akzeptieren bereit ist, einen Riegel vorschiebt, ebenso wie die zugrunde liegenden Gesellschaftstheorien, die die Diskussion darüber beeinflussen, ob staatliche Eingriffe das beste Mittel zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit sind oder nicht. Es sollten Schritte zur Sicherstellung der finanziellen Nachhaltigkeit der Sozialversicherungssysteme angesichts der zunehmenden Alterung der Gesellschaften unternommen werden.

26. Die meisten Systeme zur Sozialen Sicherung sind mit einer Reihe gleicher Herausforderungen konfrontiert. Die verschiedenen Arten von Leistungssystemen — (beitragsfinanzierte, aber nicht direkt beitragsgebundene) Sozialversicherung, universeller Schutz, einkommensabhängige Leistungen — wirken sich unterschiedlich auf das Verhalten sowohl der Leistungsempfänger als auch ihrer Arbeitgeber aus. Um mit den ökonomischen Auswirkungen des Alterwerdens der Bevölkerungen fertig zu werden, sind Systeme - oder kombinierte Systemformen - begrüßenswert, die verstärkt Anreize zur Beteiligung am Erwerbsleben bieten und gleichzeitig den Schutz der schwächsten Gruppen in einer Gesellschaft gewährleisten. Erkennt man nämlich die soziale Sicherheit als Produktivitätsfaktor an, so stellt man fest, dass sie mit vielen Schwierigkeiten bei der Anpassung an veränderte Familienstrukturen, an weniger gesicherte Arbeitsverhältnisse, an eine geänderte Alterspyramide und an die Globalisierung zu kämpfen hat.

27. Bei Reformvorschlägen und Zielsetzungen für die Soziale Sicherheit ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass nicht erwartet werden kann, dass diese Systeme die politischen Versäumnisse oder Mängel, die sich in anderen Bereichen angehäuft haben, wettmachen. Um leistungsfähig zu sein, sollten Sozialversicherungssysteme bedarfsgerecht gestaltet und durch eine hohe Beschäftigungsrate, durch umfassende Gesundheitsdienste, durch Bildungssysteme, die die jungen Menschen auf eine effektive Beteiligung am Erwerbsleben vorbereiten, sowie durch dynamische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die den Arbeitgebern helfen, auf strukturelle Veränderungen und andere ökonomische Schocks einzugehen, unterstützt werden. Der Sozialschutz kann sich dann auf seine grundlegende Aufgabe konzentrieren, nämlich die Hilfsbedürftigen oder die Gefährdeten zu schützen. Durch die Begünstigung der sozialen Integration und die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten fördert der Sozialschutz gleichermaßen ökonomische Dynamik wie gesellschaftliche und politische Stabilität. Auf diese Weise können wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit sich gegenseitig ergänzen.

Die folgenden politischen Ziele sollten als Teil dieser Verpflichtung erreicht werden:

Erhaltung und Stärkung der Grundaufgaben des Sozialschutzes, nämlich Vermeidung von Armut und Bereitstellung adäquater sozialer Leistungen für alle

28. Die Erweiterung der Sozialversicherungssysteme auf alle Bevölkerungsgruppen, von den jüngsten bis zu den hochbetagten Mitbürgern, ist ein Schlüsselement ihres Auftrags: der Förderung von sozialer Gerechtigkeit und sozialem Zusammenhalt. Der Staat muss versuchen, die Kompetenzen der jungen Menschen und der Menschen im erwerbsfähigen Alter zu entwickeln und ihre soziale Integration durch die Beteiligung am Arbeitsleben zu unterstützen. Für Menschen, die aufgrund von Arbeitsunfähigkeit keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können, und für Menschen, die das Erwerbsalter überschritten haben, sollte ein Lebensstandard sichergestellt werden, der ihnen erlaubt, ihre Selbstachtung und ihre Würde zu bewahren. Dies impliziert die Zielsetzung, den älteren Menschen ein ausreichendes Einkommen zu garantieren.

Schaffung oder Entwicklung eines gesetzlichen Rahmens für berufliche oder private Altersvorsorge

29. Angesichts der wachsenden Bedeutung der privaten Vorsorge im Bereich der sozialen Sicherheit sollte ein gesetzliches Rahmenwerk für eine beschäftigungsabhängige und private Altersvorsorge eingeführt oder ausgebaut werden, um die negativen Auswirkungen von marktwirtschaftlichen Unzulänglichkeiten abzufedern und bessere Einkommensgarantien im Alter zu bieten.

Anpassung bestehender Sozialversicherungssysteme an den demografischen Wandel und geänderte Familienstrukturen

30. Gesellschaftliche und demografische Änderungen lassen neue Bedürfnisse und Forderungen entstehen, und die Schwerfälligkeit, mit der sich die Sozialversicherungssysteme darauf einstellen, verschlimmert noch die Lage derjenigen, die aus dem sozialen Netz herausfallen. Dem Bedarf der älteren Menschen an vielfältigen sozialen und gesundheitlichen Leistungen, zu denen betreutes Wohnen und Langzeitpflege gehören, muss Rechnung getragen werden. Es sollten konkrete Pläne erstellt werden, um die rechtzeitige Erfüllung dieser Bedürfnisse sicherzustellen.

Besondere Beachtung des sozialen Schutzes von Frauen und Männern während ihres ganzen Lebens

31. Die Gleichstellung von Männern und Frauen im Rahmen der Sozialen Sicherheit sollte gewährleistet werden, und deren Systeme sollten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf während des ganzen Lebens fördern. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Lage derjenigen Familienmitglieder, die ihre Beschäftigung unterbrechen, um Kinder zu erziehen oder Familienmitglieder zu pflegen und deswegen eine Verringerung ihrer Rentenansprüche hinnehmen müssen, wie auch derjenigen, die sich ausschließlich der Hausarbeit und der Betreuung von Kindern und anderen Verwandten widmen. Beide Gruppen sind häufig mit einer prekären finanziellen Situation im Alter konfrontiert. Politische Maßnahmen zum Abbau dieser Probleme könnten besondere Urlaubsvereinbarungen für berufstätige Eltern und andere Betreuungspersonen oder weitere unterstützende Maßnahmen wie Urlaubspflege vorsehen.

VERPFLICHTUNG 5

UNTERSTÜTZUNG DER ARBEITSMÄRKTE BEI DER ANPASSUNG AN DIE WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN KONSEQUENZEN DER BEVÖLKERUNGSSALTERUNG

32. Den Herausforderungen in Zusammenhang mit dem Altern der Bevölkerung kann am besten durch die politische Einwirkung auf ein breites Spektrum wirtschaftlicher und sozialer Bereiche und Aktivitäten, vornehmlich durch die Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, begegnet werden. Geeignete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind wahrscheinlich der effektivste Weg, um auf die ökonomischen Herausforderungen in diesem Zusammenhang zu reagieren. Arbeitslosigkeit ist eine eindeutige Verschwendung nutzbarer Produktivkräfte — ganz zu schweigen von der Belastung für das System der Sozialen Sicherheit — und die Schaffung von Vollbeschäftigung trägt dazu bei, die verfügbaren volkswirtschaftlichen Gesamtressourcen zu erhöhen.

33. Die eindringlichere Bewusstmachung der Vorteile der Integration der älteren Menschen in die Arbeitswelt und die Beseitigung von Altersbarrieren und Diskriminierung bei der Einstellung und Beschäftigung älterer Arbeitnehmer hat Priorität. Um die Senioren verstärkt in die Wirtschaft einzubinden, sollte die Schaffung neuer Arbeitsplätze für sie vor allem durch die Bekämpfung diskriminierender Arbeitgeberpraktiken und den Abbau anderer Hemmnisse gefördert werden.

34. Die Zahl der Erwerbstätigen lässt sich auch durch eine erhöhte Beschäftigungsquote von älteren Frauen und Männern steigern. Führt man das tatsächliche Ruhestandsalter näher an das in den gesetzlichen Altersversorgungssystemen einzelner Länder festgelegte Rentenanspruchsalter heran, so könnte eine Änderung des letzteren unnötig werden. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um den Bedürfnissen der älteren Menschen im Beschäftigungssektor zu entsprechen, z.B. durch ein erhöhtes Angebot an Teilzeitstellen oder Zeitarbeit für diese Gruppe.

35. Es sollten verstärkt Anstrengungen unternommen werden, um den älteren Menschen mehr Möglichkeiten zu bieten, länger am Arbeitsleben teilzunehmen, beispielsweise durch flexible oder abgestufte Ruhestandregelungen und Gewährleistung eines echten Zugangs zur Weiterbildung. Es sollte versucht werden, das Durchschnittsalter des tatsächlichen Eintritts in den Ruhestand schrittweise anzuheben. Wichtig ist auch, Hemmnisse beim Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt zu beseitigen. Ein besonderer Schwerpunkt sollte auf die Schaffung von Anreizen zur Beschäftigung von Senioren in kleinen und mittelständischen Unternehmen, auch in Familienbetrieben, und auf einen verstärkten Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie bei der Arbeitsplatzvermittlung für diesen Personenkreis gesetzt werden.

36. Die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland mag manchmal zur Überbrückung eines besonderen Mangels an Arbeitskräften oder Qualifikationen beitragen, kann jedoch nicht als Lösung für das Problem der Bevölkerungsalterung angesehen werden. Sie ist zweifellos ein Element, das berücksichtigt werden muss, wenn es um die Gestaltung adäquater Strategien für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung geht. Im Falle starker Unterstützung einer intensiven Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften ist jedoch damit zu rechnen, dass diese Arbeitnehmer aus Ländern kommen, die es sich kaum leisten können, auf deren Beitrag zum Entwicklungsprozess zu verzichten. Die Zuwanderungspolitik sollte deshalb auf einer Gesamtanalyse der wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Interessen beruhen.

37. In vielen Ländern sind Wanderarbeitnehmer, die vor Jahrzehnten in das Gastland kamen, inzwischen alt geworden. Ihre besonderen Bedürfnisse sollten in Übereinstimmung mit den nationalen Gesetzen bei der Gestaltung und Umsetzung von Integrationsprogrammen gebührend berücksichtigt werden, um die Teilhabe dieser Gesellschaftsgruppe am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Zielländer zu erleichtern. Als Zuwanderer und zugleich ältere Menschen müssen sie unter Umständen weitere Nachteile in Kauf nehmen, die ihre prekäre wirtschaftliche Lage noch weiter verschärfen könnten. Die Regierungen sollten bemüht sein, Maßnahmen zu entwickeln, die den älteren Migranten helfen, in gesicherten wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnissen zu leben. Dabei ist besonders wichtig, ihren Beitrag zum Gastland ins rechte Licht zu rücken und die Achtung ihrer kulturellen Unterschiede zu fördern.

38. In einem höchst wettbewerbsorientierten, globalen Umfeld erfordern der Produktivitätszuwachs und die Produktionsumstrukturierung hin zu hochwertigeren (High-Tech-) Aktivitäten Investitionen in die Qualifikation und Ausbildung der Erwerbsbevölkerung, d.h. eine Steigerung des Humankapitals. Angemessenes Bildungsniveau der Berufseinsteiger sowie Wahrung und Erweiterung der Fähigkeiten aller Erwerbstätigen oder Berufsrückkehrer ist ein entscheidender Faktor für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der Vollbeschäftigung.

Die folgenden politischen Ziele sollten als Teil dieser Verpflichtung erreicht werden:

Deutliche Absenkung der Arbeitslosenquote, insbesondere bei den älteren Menschen

39. Eine Reihe konsequenter und koordinierter Maßnahmen zur erfolgreichen Senkung der Arbeitslosenquoten ist notwendig; diese Maßnahmen könnten je nach Sachlage unterschiedlich ausfallen. Eine Möglichkeit ist die Umsetzung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wie Angleichung von Arbeitsplatzangebot und -nachfrage, Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche, Ausbildung, berufliche Anleitung, Beratung usw. Außerdem können Versuche, die Bildungsprogramme den sich wandelnden Marktbedürfnissen anzupassen und den Übergang vom Schulunterricht in die Arbeitswelt zu erleichtern, beschäftigungsförderlich sein. Weiterhin können Maßnahmen zur Reduzierung der Lohnnebenkosten bei gleichzeitigem Schutz der Arbeitnehmerrechte sich günstig auf das Beschäftigungsniveau auswirken. Andere Faktoren, die die Nachfrage nach Arbeit schwächen, wie Erschwernisse bei der Gründung von Start-up-Unternehmen sowie gesetzliche Regelungen, die den Arbeitgebern hohe Verwaltungskosten aufbürden, sollten genau unter die Lupe genommen und, wo möglich, vereinfacht werden.

Erleichterung der Beschäftigungsmöglichkeit älterer Arbeitnehmer

40. Anstellungsschwierigkeiten, auf die ältere Arbeitnehmer stoßen, sind häufig auf deren mangelnde Qualifikation zurückzuführen. Die Beschäftigungsmöglichkeit älterer Arbeitnehmer sollte durch Berufsberatungs- und Berufsbildungsmaßnahmen auf der Grundlage der Weiterbildung verbessert werden. Weiterbildung ist eine langfristige Präventivstrategie mit einer viel weitreichenderen Zielsetzung als der bloßen Bereitstellung eines zweiten Bildungsweges für diejenigen Erwachsenen, die früher in ihrem Leben keine ausreichend qualifizierende Bildung oder Ausbildung genossen haben. Es geht aber auch um die Möglichkeit des Erwerbs berufsspezifischer Kenntnisse, damit Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, sich auf sich ändernde Arbeitsmärkte einzustellen und die Fundamente für ihre Fortbildung zu schaffen. Arbeitgeber sollten angehalten werden, ihren Beschäftigten die Möglichkeit einzuräumen, sich im Rahmen der Weiterbildung umzuschulen und weiter zu qualifizieren. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Arbeitnehmer sollten sich auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen konzentrieren.

Steigerung der Beschäftigungsquoten aller Frauen und Männer

41. Verbesserung der Betreuungseinrichtungen und Einführung von Vereinbarungen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Arbeit und Familienpflichten für Frauen und Männer. Beseitigung von Barrieren und Hindernissen hinsichtlich längerer Arbeitszeiten einschließlich Anreizen zur Förderung des vorzeitigen Ruhestandes, Förderung der Rehabilitation behinderter Arbeitnehmer und ihrer Wiedereingliederung in die Arbeitswelt, Förderung einer besseren Schulung älterer Arbeitnehmer und Einleitung von Maßnahmen gegen Altersdiskriminierung. Überprüfung finanzieller und anderer Hemmnisse, die Rentner an der Ausübung von Teilzeit- oder Zeitarbeitsbeschäftigungen hindern. Verbesserung der Beschäftigungschancen von in ländlichen und abgelegenen Gegenden lebenden Menschen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und Anreize, insbesondere die Förderung von Fernstudium und –schulung.

42. Es bedarf konzertierter Maßnahmen, um den Anteil der Frauen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Diese Maßnahmen sollten dazu führen, dass sich Frauen ein breiteres Spektrum an Arbeitsmöglichkeiten bietet, dass sich Berufs- und Familienleben besser vereinbaren lassen und dass diskriminierende Situationen vermieden werden, wie sie viele Frauen hinsichtlich der Rentenansprüche oder des persönlichen Einkommens erleben. Wichtige Instrumente sind angemessene Bildung und Ausbildung einschließlich berufsbegleitender Maßnahmen, Berufsberatung und der Möglichkeit flexibler Arbeitsvereinbarungen.

Einführung von Maßnahmen zur Anhebung des durchschnittlichen Ruhestandsalters sowie eines flexibleren und gleitenden Übergangs in den Ruhestand

43. Die Einführung von Arbeitsmarktstrukturen, wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Sozialversicherungssystemen, die Anreize für die Teilnahme älterer Arbeitnehmer am Erwerbsleben bieten, sollten gefördert werden, damit die Arbeitnehmer weder zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Berufsleben ermuntert noch dafür bestraft werden, dass sie so lange berufstätig bleiben, wie sie es wünschen, und die Rentensysteme wie auch die Arbeitsgestaltung sollten die Möglichkeit eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand ermöglichen. Der Altersruhestand sollte nicht als ein Lebensstadium betrachtet werden, das den Ruheständler daran hindert, weiterhin kreativ zu bleiben und seinen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Für diejenigen, die sich für den Ruhestand entscheiden, sollte jede Anstrengung unternommen werden, einen unproblematischen und sanften Übergang von einem Lebensabschnitt in den nächsten zu unterstützen.

VERPFLICHTUNG 6

FÖRDERUNG VON LEBENSLANGEM LERNEN UND ANGLEICHUNG DES BILDUNGSSYSTEMS, UM DEN SICH ÄNDERNDEN WIRTSCHAFTLICHEN, SOZIALEN UND DEMOGRAFISCHEN VERHÄLTNISSEN GERECHT ZU WERDEN

44. Die heutigen Gesellschaften brauchen leistungsfähige, gut finanzierte und umfassende Bildungssysteme, um den sozialen, wirtschaftlichen und demografischen Veränderungen gerecht zu werden. Diese Änderungen betreffen alle Aspekte der Bildung, zu denen u.a. die Zuteilung und Verteilung von materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen, die Infrastruktur sowie Lehrpläne und Programme gehören. Dabei muss ein stärkeres Gewicht auf hoch qualifizierte Bildungsangebote für alle Altersstufen und auf die Behandlung der Lernenden als aktive Teilnehmer gelegt werden. Schulungsprogramme, die sich insbesondere mit neuen Technologien befassen, sind vor diesem Hintergrund von besonderer Bedeutung. Die Befriedigung der Bildungsbedürfnisse der älteren Menschen erfordert spezifische Strategien sowie praktische Maßnahmen.

45. Diejenigen, die mit älteren Menschen arbeiten, sollten eine Grundausbildung und weiterführende Schulungen für ihre Aufgaben erhalten. Ausbildung und Schulung sollten interdisziplinär sein und sich nicht auf einen hohen Spezialisierungsgrad beschränken, sondern für alle Ebenen und unterschiedliche Aufgaben im Bereich der Altenarbeit offen sein. Die älteren Menschen selbst müssen in Selbstversorgung und anderen Bereichen, die zur Aufrechterhaltung ihrer Lebensqualität von Bedeutung sind, geschult werden.

46. Der traditionelle Aufeinanderfolge von Bildung, Arbeit und Ruhestand ist nicht länger gültig. Das Bildungssystem muss notwendigerweise umstrukturiert und den Bedürfnissen der einzelnen Lebensphasen angepasst werden.

47. Die Bevölkerung der UNECE-Region weist heute einen höheren Bildungsstand auf als je zuvor, und ältere Menschen bilden eine potentielle Reserve für Bildungs- und andere Programme zum Wissens- und Erfahrungsaustausch. Dennoch stehen die Bildungssysteme vor zahlreichen Herausforderungen. Die Förderung der Analphabetismusbekämpfung und die Anhebung des Grundbildungsniveaus der älteren Menschen, einschließlich der älteren Migranten und der älteren Mitglieder von Minderheiten, die Berufsausbildung, die Erwachsenenbildung und die Weiterbildung im fortgeschrittenen Alter sollten als produktive Investitionen angesehen werden, die sich nicht nur in positiven Ergebnissen in Form von Wirtschaftswachstum niederschlagen, sondern auch die Lebensqualität und die soziale Entwicklung der älteren Menschen insgesamt verbessern. In dieser Hinsicht sollte die Rolle von Bildungseinrichtungen für ältere Menschen, z.B. Seniorenuniversitäten, deutlicher erkannt und gefördert werden. Es hat sich herausgestellt, dass diese Einrichtungen in einer Reihe von Ländern ein wichtiges Mittel zur gesellschaftlichen Beteiligung und zur Integration der älteren Menschen sind. Auch sollte die Diskrepanz zwischen dem Wissen und den Kompetenzen, die jüngeren Menschen durch das Bildungssystem vermittelt werden, und den Anforderungen der Wirtschaft erkannt und abgebaut werden, wovon alle Altersgruppen profitieren werden. So wird den jungen Menschen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert, wodurch die durch die Schiefelage des Verhältnisses zwischen erwerbstätiger und nicht erwerbstätiger Bevölkerung entstandenen Probleme und die damit verbundenen nachteiligen Auswirkungen auf das Sozialversicherungssystem entschärft werden.

48. Die folgenden Ziele müssen erreicht werden, um diese Verpflichtung zu erfüllen:

Erleichterung und Förderung der Weiterbildung

49. Neben der Förderung der Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer durch ihren Zugang zu beruflicher Ausbildung und Umschulung ist es notwendig, die Bildungseinrichtungen den Bedürfnissen der Menschen im Ruhestand und Vorruhestand anzupassen. Um diejenigen, die kurz vor dem Ruhestand stehen, darauf vorzubereiten, müssen Vorruhestandsprogramme erstellt werden, die ihnen helfen, sich auf eine geänderte Lebensweise einzustellen. Das Bedürfnis, durch neue Interessen und Beschäftigungen einen neuen Sinn im Leben zu finden, sollte bei den Plänen zur Erwachsenenbildung berücksichtigt werden.

50. Lernmethoden für einen Vor-Ort-Unterricht sollten, wo dies angebracht erscheint, von Ausbildern entwickelt werden, um älteren Menschen die nötigen Kenntnisse zur Handhabung der technischen Alltagsgeräte zu vermitteln, sie in den Umgang mit den neuen Kommunikationstechnologien einzuweisen und ihre kognitiven, physischen und sensorischen Fähigkeiten zu trainieren. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Ausbildung von Ausbildern innerhalb jener Gruppe von Personen gerichtet werden, die sich um ältere Heimbewohner kümmern oder die ältere Menschen häuslich betreuen.

51. Die zunehmende Lebenserwartung und der rapide soziale Wandel bringen besondere Herausforderungen für das Bildungssystem mit sich, die als Teil der Arbeit für dieses Ziel angesprochen werden müssen. Dabei sollten den Lernenden jeden Alters vor allem klar gemacht werden, welche kurz- und langfristigen Auswirkungen ihre Lebensplanung auf ihre zukünftige Lebensweise und ihre Karriereaussichten haben kann. Die schulischen Lehrpläne sollten die Notwendigkeit der Vorbereitung auf ein Leben im ständigen Wandel berücksichtigen, das flexible Verhaltensweisen und Fertigkeiten erfordert. Solche Lehrpläne sollten den Nachdruck auf Strategien legen, die es ermöglichen, Lebensentscheidungen zu treffen. Die Bedeutung der Wissensvermittlung für Innovationen sollte von allen Betroffenen erkannt und durch gezielte politische Maßnahmen und Programme gefördert werden. Hierzu müssen neue didaktische Methoden zum Einsatz kommen.

Sicherstellung, dass das Bildungssystem die Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Menschen verbessert

52. Wichtig ist, dass das öffentliche Schulsystem neben der Vermittlung von menschlichen Werten und Grundfertigkeiten auch die Bedürfnisse einer wettbewerbsfähigen, wissensbasierten Wirtschaft und die Bedürfnisse junger Menschen bei ihrem Eintritt ins Berufsleben oder derjenigen, die ihre Fähigkeiten erweitern möchten, erfüllt. Daher sollten Maßnahmen zur Schaffung engerer Verbindungen zwischen Bildungseinrichtungen und Arbeitgebern getroffen und die Arbeitgeber sollten angehalten werden, innerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten. Der Staat sollte im Rahmen der Weiterbildung die Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Menschen fördern und ihnen helfen, ihr spezifisches Wissen und ihre Kompetenzen weiter auszubauen.

53. Es sollten Bildungsprogramme für jeden in jedem Lebensalter entwickelt, anerkannt und angeboten werden. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, die die regelmäßige Teilnahme am Schulleben in all seinen Aspekten unterstützen, um so die Verbleibquote zu erhöhen und die Aussteigerquote zu begrenzen. Es sollten jedoch auch besondere Programme für diejenigen entwickelt werden, die früher aus dem eigentlichen Schulsystem ausgeschieden sind, um ihnen die Eingliederung oder Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Mangelnde Bildung kann negative Auswirkungen auf den gesamten Werdegang des Einzelnen haben und zu Arbeitslosigkeit, Schwierigkeiten bei der Suche nach einer qualifizierten Stelle, schlechter Bezahlung und infolgedessen zu einem niedrigeren Lebensstandard führen. Sie kann auch eine schlechte Gesundheit, verfrühtes Auftreten von Krankheit und erhöhte Sterblichkeitsraten nach sich ziehen.

54. Das institutionelle Bildungswesen, vornehmlich die Unterrichts- und die Berufsausbildungsprogramme sollten die Gleichstellung von Mann und Frau stärken und eine starre Rollenverteilung vermeiden. Es sollten spezifische Aktionen unternommen werden, die die Einführung gleichstellungsorientierter Lehrpläne, Bildungsmaßnahmen und beruflicher Praktika für aussichtsreiche Arbeitsplätze, spezifischer Programme zur Motivation und Unterstützung von Mädchen und Frauen, technische Berufe zu ergreifen, sowie die Einführung spezifischer Programme zur Vorbereitung auf eine Rückkehr ins Berufsleben, insbesondere für ältere Frauen, vorsehen.

VERPFLICHTUNG 7

VERSUCH DER SICHERSTELLUNG VON LEBENSQUALITÄT IN JEDEM LEBENSALTER UND DER BEIBEHALTUNG EINES UNABHÄNGIGEN LEBENS, EINSCHLIEßLICH GESUNDHEIT UND WOHLBEFINDEN

55. Eine gute Gesundheit ist ein lebenswichtiges individuelles Gut; gleichzeitig ist ein hohes Gesundheitsniveau der Bevölkerung ein entscheidender Faktor für Wirtschaftswachstum und für die Entwicklung der Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund sollte das langfristige Ziel der Gesundheitspolitik der Länder der UNECE-Region darin bestehen sicherzustellen, dass ein erhöhtes Lebensalter mit einem höchst möglichen Gesundheitsstandard einhergeht, so wie ihn die Weltgesundheitsbehörde (WHO) als „Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen“ definiert hat. Die politischen Konzepte und Maßnahmen sollten lebenslange Gesundheit durch Verringerung von Risikofaktoren, einschließlich Umweltfaktoren, in Verbindung mit schweren Krankheiten, insbesondere chronischen und nicht ansteckenden Krankheiten, durch Gesundheitsförderung und Gesundheitsvorsorge unterstützen, indem bezahlbare, allen zugängliche und qualitativ hochwertige Gesundheits- und Sozialdienste durchgängig zur Verfügung stehen. Eine solche Politik erhöht die Lebensqualität und gewährleistet nachhaltige Beiträge der älteren Menschen zur Gesellschaft. Gesunde ältere Menschen sind eine Ressource für ihre Familie, für die Gemeinden und für die Wirtschaft. Dieses Ziel kann nur durch einen umfassenden und lebenslangen Ansatz erreicht werden, der die körperlichen, seelischen, sozialen, geistigen und umweltbezogenen Faktoren umfasst. Ältere Menschen, insbesondere diejenigen, die auf Pflege angewiesen sind, müssen eng in die Gestaltung, Umsetzung, Bereitstellung und Bewertung von politischen Maßnahmen und Programmen einbezogen werden, um die Gesundheit und das Wohlbefinden von alternden Bevölkerungen zu verbessern.

56. Auf der Grundlage dessen, was Gesundheit ausmacht, kann man sagen, dass wirtschaftliche, soziale, kulturelle, umweltbezogene und verhaltensbestimmte Faktoren zuverlässige Indikatoren dafür sind, wie gut der Einzelne und Bevölkerungen alt werden. Umwelt, Landwirtschaft, Verkehr, Finanzen, Steuern, Verbraucherschutz, Wohnungswesen, Bildung, Beschäftigung, sozialer Schutz und andere Politikfelder üben einen tiefgreifenden Einfluss auf die Gesundheit und das Wohlbefinden aus. Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Situation der älteren Menschen im Besonderen führen auch zu einer besseren Gesundheit und erhöhtem Wohlbefinden.

57. Um die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Alterung der Gesellschaften, einschließlich der behinderten älteren Menschen, zu bewältigen, ist unabdingbar, dass die Sozial- und Gesundheitsdienste den Schwerpunkt verstärkt auf die Gesundheitsförderung, die Prävention und die körperliche und geistige Genesung legen. Die Kontinuität der gesundheitlichen Fürsorge muss von der gesundheitlichen Grundversorgung über die sekundäre bis hin zur tertiären Versorgung sichergestellt werden, wobei die Möglichkeiten aller Leistungsanbieter voll ausgeschöpft werden müssen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Sozial- und Gesundheitsdienste die Eigenständigkeit der älteren Menschen fördern und ihnen dabei helfen, uneingeschränkt an allen Bereichen der Gesellschaft teilzunehmen.

58. Geeignete Langzeitpflege ist Teil eines Kontinuums, das den höchstmöglichen Grad an Wohlbefinden für alle Menschen anstrebt. Die Langzeitpflege hängt in starkem Maße von privaten Pflegepersonen in Familien und Gemeinden ab, die deshalb ausreichend durch gemeinde-nahe Programme unterstützt werden müssen. Vor allem muss der Beitrag der älteren Menschen zur Betreuung der Familie gewürdigt und gefördert werden.

59. Ältere Menschen sollten nach Möglichkeit das Recht haben, zwischen verschiedenen Optionen der Langzeitpflege zu wählen. Ist dies nicht möglich, sollte ihr gesetzlicher Vertreter sein Einverständnis zum Ort ihrer Betreuung geben. Geriatrische und gerontologische Beurteilung ist ein effektives Instrument, um zu bestimmen, ob eine Heimunterbringung erforderlich ist. Ist eine solche unvermeidlich, so ist unbedingt dafür zu sorgen, dass die Würde und die Individualität des älteren Menschen geschützt werden.

60. Geistige wie körperliche Gesundheit im Alter ist vor allem für Menschen in sehr hohem Alter von großer Bedeutung. Da die Demenz, insbesondere die Alzheimer-Krankheit, eine der häufigsten Alterskrankheiten ist, werden Behandlung und Rehabilitationsprogramme sowie Langzeitpflege in einer alternden Welt immer wichtiger. Die Strategien zur Behandlung solcher Krankheiten umfassen die Diagnose, die Medikation, psychosoziale Faktoren, Programme zur Gedächtnisschulung, Schulungen für betreuende Familienmitglieder und Pflegepersonal sowie spezifische stationäre Versorgungsstrukturen. Damit Demenzpatienten so lange wie möglich zu Hause leben können, ist es notwendig, ihre spezifischen Bedürfnisse nach Sicherheit, geeigneter sozialer Unterstützung und häuslicher Betreuung zu erfüllen. Spezifische Programme für psychosoziale Therapien sollten dabei helfen, aus dem Krankenhaus entlassene Patienten zu reintegrieren.

61. Es sollten Pflegeheime und geriatrische Zentren geschaffen werden, um den spezifischen Bedürfnissen von Psychiatrie-Patienten gerecht zu werden. Dies schließt interdisziplinäre geriatrische und gerontologische (physische, psychologische, soziale) Beurteilung, Beratung, Pflege, Behandlung und Rehabilitation sowie flankierende Ausbildungspläne für die Betreuungspersonen ein. Es sollten Forschungen angestellt werden, die die systematische Ermittlung der Bedürfnisse von Patienten und Pflegepersonen in den Mittelpunkt rücken. Eine effektive Strategie sollte entwickelt werden, um das Niveau einer qualitativ hochwertigen Beurteilung und Diagnose bei Alzheimer und verwandten Störungen in einem frühen Krankheitsstadium zu verbessern. Die Alzheimer-Krankheit erfordert ein fachübergreifendes Konzept, das den Bedürfnissen sowohl der Patienten als auch der Pfleger Rechnung trägt. Psychosoziale Interventionen einschließlich häuslicher Pflege, medizinische Grundversorgung und Tagesbetreuungseinrichtungen sollten dazu beitragen, der Notwendigkeit der Unterbringung von Patienten mit geistigen Beeinträchtigungen in Pflegeheimen oder psychiatrischen Einrichtungen vorzubeugen oder diese hinauszuzögern.

62. Besondere Aufmerksamkeit sollte HIV/AIDS gelten, das ältere Menschen als HIV-Gefährdete, als HIV-Infizierte, als private und amtliche Pflegepersonen oder als überlebende Familienmitglieder betreffen kann. Immer mehr AIDS-Patienten überleben bis ins hohe Alter. Ältere Menschen können einem erhöhten HIV-Ansteckungsrisiko ausgesetzt sein, da sie bei Informationskampagnen, Präventivmaßnahmen und Beratungen häufig vergessen werden. Außerdem ist die Diagnose von HIV/AIDS bei älteren Menschen schwierig, da Infektionssymptome für andere bei älteren Menschen auftretenden Immunschwächesyndrome gehalten werden können. Es herrscht der dringliche Wunsch, die geschlechtsspezifischen Schulungsprogramme über HIV/AIDS auf den Bereich der Geriatrie- und Gerontologie-Lehrpläne und der gesundheitlichen Bildungs- und Präventivprogramme für ältere Menschen auszudehnen.

63. Förderung der Bereitstellung von Palliativmedizin² und ihre Integration in die allgemeine gesundheitliche Fürsorge. Zu diesem Zweck sollten Standards für die Ausbildung in Palliativmedizin entwickelt und multidisziplinäre Ansätze für alle Dienstleistenden im Bereich der Palliativmedizin unterstützt werden. Es ist notwendig, Heimpflege- und häusliche Pflegedienste zu schaffen und zu integrieren und die interdisziplinäre wie spezifische palliativmedizinische Ausbildung für alle betroffenen Berufe zu intensivieren.

64. Sind mehr Wissen, mehr Informationen und mehr gesundheitliche Erziehung in jedem Lebensalter wichtig, so gilt dies in verstärktem Maße für das hohe Alter. Es ist nachgewiesen, dass die Annahme eines gesundheitsfördernden Verhaltens, z.B. gesunde und ausreichende Ernährung und körperliche Betätigung, häufig durch das physische, soziale, ökonomische und kulturelle Umfeld beeinträchtigt wird, welches die Entscheidungen von Einzelnen, von Gruppen und von Gemeinden beeinflusst. Der Genuss von Tabakprodukten, ungesunde Ernährung, exzessiver Alkoholgenuss, Drogenmissbrauch und fehlende körperliche Betätigung sind für die Gesundheit in jedem Lebensalter schädlich, und ihre negativen Folgen häufen sich im Alter. Für eine gesunde Lebensweise ist es nie zu spät. Die richtige körperliche Betätigung, eine gesunde Ernährung, Nichtrauchen und ein gemäßigter oder gar kein Alkoholkonsum können Krankheiten und Funktionsbeeinträchtigungen verhüten, ein längeres Leben ermöglichen und die Lebensqualität steigern. Die Politiker müssen die Gesundheitsrisiken einer ungesunden Lebensführung erkennen und geeignete bereichsübergreifende Maßnahmen ergreifen, um diesen Risiken vorzubeugen. Die große Bedeutung einer gesunden Lebensweise wird häufig übersehen und sollte von den politischen Entscheidungsträgern, den Kommunikationsträgern und der breiten Öffentlichkeit thematisiert werden, vor allem weil ältere Menschen oft eine Vorbildfunktion für jüngere Generationen übernehmen.

65. Die Regierungen sollten den sicheren Umgang mit Arzneimitteln, Haushaltschemikalien und anderen potentiell schädlichen Produkten fördern, indem sie die Hersteller auffordern, die notwendigen Warnhinweise auf diesen Produkten sichtbar anzubringen und klare Gebrauchsanweisungen herauszugeben.

66. Neben individuellen Faktoren wird die Gesundheit auch durch schädliche und krankheitserregende Arbeits- oder Umweltbedingungen beeinträchtigt. Auf allen Ebenen, und dazu gehören vornehmlich staatliche Behörden, Arbeitgeberorganisationen, Gewerkschaften und Gesundheitsdienste, sollten neue politische Konzepte und Programme entwickelt werden, deren Schwerpunkt auf gesunden Arbeitsbedingungen liegt, die den Menschen ermöglichen, länger gesund zu bleiben und länger zu arbeiten.

67. Der Zugang zu einem breiten Spektrum maßgeschneiderter, bezahlbarer sozialer Leistungen, bei denen berücksichtigt wird, dass ältere Menschen keine homogene Gruppe sind, sondern unterschiedliche soziale und kulturelle Bedürfnisse haben, ist entscheidend für ihr Wohlbefinden wie auch dafür, ob sie Unterstützung brauchen, um zu Hause leben zu können, oder ob sie Heimpflege benötigen. Ältere Menschen müssen über das Spektrum der verfügbaren Sozial- und Gesundheitsdienste in ihrem Land informiert werden.

68. Die folgenden Ziele müssen erreicht werden, um diese Verpflichtung zu erfüllen:

Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens während des gesamten Lebens durch besondere Gewichtung des Themas Gesundheit bei bereichsübergreifenden Politiken

² Nach der Definition der WHO bedeutet Palliativmedizin die aktive Gesamtbetreuung von Patienten, deren Krankheit nicht auf kurative Behandlung anspricht, insbesondere die Kontrolle von Schmerzen und anderen Symptomen der Krankheit sowie die Bereitstellung psychologischen, sozialen und geistigen Beistands für die Patienten und ihre Familien.

69. Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens während des gesamten Lebens erfordert einen bereichsübergreifenden Ansatz. Dieser Ansatz muss die Meinungen und Bedürfnisse der älteren Menschen berücksichtigen und sie gleichzeitig zu einer unabhängigen Lebensführung ermutigen. Die Regierungen und andere beteiligte Akteure sollten deshalb Anreize schaffen, die eine sektorbezogene Mitwirkung und eine sektorübergreifende Kooperation erleichtern. Diese Anreize und Maßnahmen sollten auf einer Beurteilung der gesundheitlichen Auswirkungen und der funktionalen Eignung fußen, die jedoch nicht nur im Nachhinein auf die gesundheitlichen Folgen politischer Entscheidungen zurückblickt, sondern auch die möglichen gesundheitlichen Konsequenzen für künftige Generationen im Blick hat. Alle Bereiche sollten für die Auswirkungen ihrer Konzepte und Maßnahmen auf die Gesundheit verantwortlich sein. Allgemeiner formuliert, sollten die sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Gesundheitsfaktoren bei der politischen Gestaltung voll berücksichtigt werden. Der geschlechtsspezifischen Perspektive sollte besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht werden, und die geschlechtsbezogenen Unterschiede im Bereich der Gesundheit während des ganzen Lebens, einschließlich der höheren Sterblichkeitsrate von Männern, sollten angesprochen werden. In diesem Zusammenhang sollten alle gesundheitspflegerischen Maßnahmen unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf Männer und Frauen entwickelt, verbessert und im Rahmen des "Gender mainstreaming", d.h. der Einbeziehung der Dimension der Chancengleichheit in sämtliche Bereiche der Politik beurteilt werden. Um diese Auswirkungen einschätzen und geeignete Maßnahmen ergreifen zu können, ist eine nach Geschlecht und Alter aufgeschlüsselte Datenerfassung und Erstellung von Statistiken notwendig.

Gewährleistung des gleichberechtigten Zugangs zu den Sozial- und Gesundheitsdiensten, einschließlich der Langzeitpflege von Menschen jeden Alters

70. Leitprinzip zur Verwirklichung dieses politischen Ziels sollte die Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs zu Sozial- und Gesundheitsdiensten unabhängig von Alter und Geschlecht sein. Es sollten gezielte Bemühungen unternommen werden, um geschlechts-, alters-, rassen- und einkommensbezogene Ungleichheiten beim Zugang zu gesundheitlichen und sozialen Leistungen zu verringern. Besondere Aufmerksamkeit sollte älteren Menschen gezollt werden, die in ländlichen und abgelegenen Gegenden leben, da diese Menschen nicht selten Schwierigkeiten beim Zugang zu den Sozial- und Gesundheitsdiensten haben.

71. Zwar ist ein unabhängiges Leben im Prinzip wünschenswert, doch kann eine Heimbetreuung für ältere Menschen eine geeignete Alternative darstellen, da in solchen Einrichtungen ein hoher Standard an medizinischen und pflegerischen Leistungen geboten und soziale Ausgrenzung vermieden wird. Um diese Voraussetzungen zu erfüllen, sollte die stationäre Betreuung in jeder Hinsicht zugänglich sein, die Würde der älteren Menschen sollte gewährleistet sein, und es sollten geeignete soziale Einrichtungen und geeignete Einrichtungen für ältere Menschen mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen bereitgestellt werden.

72. Es sollten politische Konzepte und Programme erstellt werden, um die Voraussetzungen für ein unabhängiges Leben in der Gemeinschaft zu schaffen sowie gesundheitliche Fürsorge und Langzeitbetreuung für diejenigen zur Verfügung zu stellen, die diese benötigen. Den hauptberuflichen wie den privaten Pflegepersonen sollten Unterstützung und Anreize angeboten werden. Außerdem sollte durch öffentliche Maßnahmen und andere Mittel eine auf dem Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau beruhende Verteilung der Betreuungspflichten gefördert werden. Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels beinhalten das Angebot entsprechender gesundheitlicher Grundversorgungsleistungen und -programme, um den Bedürfnissen und Erwartungen in den Bereichen der Gesundheitsförderung, Krankheitsvorsorge, Betreuung und Rehabilitation gerecht zu werden. Dies ist Aufgabe des Staates unter Beteiligung der Kommunen und anderer interessierter Partner (u.a. Patienten- und Verbraucherverbände).

73. Bei der Verwaltung der Gesundheitsdienste sollte grundsätzlich darauf geachtet werden, dass der gesundheitlichen Grundversorgung eine führende Rolle zukommt, während

Überweisungen an die sekundäre und tertiäre medizinische Betreuung im Krankenhaus auf Fälle begrenzt werden sollten, in denen besondere Qualifikationen und Einrichtungen benötigt werden. Letztlich muss das Ziel sein, ein Kontinuum an Betreuung zur Verfügung zu stellen, das die gemeindenahere Versorgung bei chronischen Gesundheitsproblemen, die Prävention, die Intensivbehandlung und die Rehabilitation umfasst. Im psychiatrischen Bereich sollte ein weit gefächertes Leistungsangebot entwickelt werden. Die Pflege älterer invalider Menschen sollte die Aufrechterhaltung ihrer größtmöglichen funktionalen Kapazität, ihrer Unabhängigkeit und ihrer Autonomie fördern. Alle älteren Menschen, die an schmerzhaften oder unheilbaren Krankheiten leiden, sollten Zugang zur Palliativmedizin haben. Die Regierungen müssen in Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten Normen für die Qualität von Pflegedienstleistungen entwickeln, und zwar unabhängig vom Rahmen, in dem die Pflege geleistet wird. Angesichts einer starken Nachfrage nach Betreuung im häuslichen Bereich wird es immer wichtiger, effektive Unterstützungsstrategien für private Pflegepersonen zu entwickeln. Solche Unterstützungsstrategien sollten finanzielle Hilfen, Informationen und Schulung vorsehen. Bei der Gestaltung und Umsetzung ihrer politischen Maßnahmen und Programme sollten die Regierungen sicherstellen, dass altersrelevante ethische Fragen berücksichtigt werden.

74. Die öffentlichen und privaten Sozial- und Gesundheitsdienste sollten besser koordiniert und integriert werden. Geeignete Case-Management-Systeme sollten eingesetzt werden, um das benötigte Leistungsspektrum, das medizinische Leistungen, häusliche Pflege und psychologische Betreuung umfasst, auf stationärer und ambulanter Basis zur Verfügung zu stellen. Es ist notwendig, Berufsausbildungs- und Qualitätsnormen zu entwickeln und für ihre Einhaltung zu sorgen. Die Regierungen sollten die Versorgung der älteren Menschen mit Hilfsgeräten und Hilfsmitteln erleichtern, sodass sie länger ein eigenständiges Leben führen können.

75. Das Altern der Bevölkerungen in der Region erfordert, dass professionelle wie nicht-professionelle Pflegedienstleistende adäquate berufliche und persönliche Qualifikationen und Fähigkeiten besitzen. Fort- und Weiterbildungsprogramme für Berufsangehörige der Gesundheits- und Sozialdienste sollten auf allen Ebenen angeboten werden und dabei den sich wandelnden Bedürfnissen der älteren Menschen verstärkt Rechnung tragen. Ferner sollten Schulungen für private Pflegepersonen gewährleistet werden. Das Erreichen eines hohen Alters bei guter Gesundheit und allgemeinem Wohlbefinden setzt persönliche Bemühungen während des ganzen Lebens sowie ein Umfeld, in dem solche Anstrengungen Erfolg haben können, voraus. Die Lebensqualität und die Unabhängigkeit im Alter dank Selbstpflege, Gesundheitsförderung, Krankheits- und Invaliditätsverhütung erfordern eine Neuorientierung und neue Kompetenzen der älteren Menschen selbst.

Gewährleistung einer ausreichenden Finanzierung der Gesundheits- und Sozialdienste für ältere Menschen in jedem Lebensalter

76. Die zum Erreichen dieses Ziels eingeleiteten Maßnahmen sollten von der Sorge getragen sein, dass die Ausgaben für Gesundheits- und Sozialleistungen effizient, gerecht und nachhaltig sind. Ältere Menschen sollten gleichen Zugang zu der notwendigen gesundheitlichen Versorgung erhalten und nicht wegen ihres Alters diskriminiert werden. Die Festlegung der gesundheitlichen Prioritäten sollte transparent sein, und es sollten ausreichende Finanzmittel zur Umsetzung der definierten Prioritäten bereitgestellt werden, um die Fortschritte im Gesundheitsbereich zu optimieren. Die Auswirkungen der Finanzierung und der Mittelverteilung auf die gesundheitliche Versorgung und auf die Gesundheit der Bevölkerung sollten kontrolliert werden. Sozialversicherungssysteme in Form von Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Invaliditätsversicherung können gegebenenfalls eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung dieser Leistungen spielen.

Den Menschen eine gesunde Lebensführung ermöglichen

77. Regierungen, lokale Behörden und andere Akteure sollten die Annahme eines gesunden Lebensstils erleichtern, indem sie die Menschen jeden Alters ermutigen, geeigneten körperlichen Aktivitäten nachzugehen, eine gesunde Ernährung zu wählen, nicht zu rauchen, übermäßigen Alkoholkonsum zu vermeiden und sich für weitere gesunde Verhaltensweisen zu entscheiden, die Krankheiten und Funktionsbeeinträchtigungen vorbeugen, ein langes Leben ermöglichen und die Lebensqualität steigern. Dies sollte durch eine Reihe politischer Maßnahmen erreicht werden, einschließlich geeigneter Informationskampagnen und einer Schulung, die bereits in frühem Alter beginnt und Menschen in die Lage versetzt, ein gesundes Leben zu führen. Auch sollte durch geeignete wohnungspolitische, städtebauliche und andere Maßnahmen zur Schaffung bezahlbarer, leicht zugänglicher und altersfreundlicher Lebensräume ein dem Wohlbefinden förderliches Umfeld verwirklicht werden.

VERPFLICHTUNG 8

EINBRINGUNG EINER GLEICHSTELLUNGSORIENTIERTEN STRATEGIE IN EINE ALTERNDE GESELLSCHAFT

78. Die Thematisierung der Konsequenzen eines demografischen Wandels vom Gesichtspunkt der Gleichstellung von Mann und Frau aus betrachtet ist von wesentlicher Bedeutung für die Verbesserung der Situation der älteren Menschen, insbesondere der älteren Frauen, in der Gesellschaft und in der Wirtschaft. Die soziale und ökonomische Situation von Frauen und Männern, vor allem der älteren, ist nicht die gleiche, da sie auf unterschiedliche Art und Weise von sozialen, wirtschaftlichen und demografischen Veränderungen berührt werden. Hinzu kommt die große Vielfalt der Arbeits- und Lebensbedingungen sowohl von Männern als auch von Frauen in den verschiedenen Ländern der UNECE-Region, die sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befinden. Gleichzeitig sollte die Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens Priorität für eine Entwicklung von Gesellschaften für alle Lebensalter haben.

79. Betreuer und Pfleger älterer Menschen sind vorwiegend Frauen, und deshalb sollten sie eine prioritäre Zielgruppe der Regierungspolitik sein. Die Regierungen sollten Maßnahmen unterstützen, die eine gerechte Aufteilung der Familien- und Betreuungspflichten zwischen Frauen und Männern ermöglichen, und zwar durch Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und durch angemessene Deckung des Bedarfs an Tagespflege für ältere Menschen. Qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen für Kinder und ältere Menschen sollten zur Verfügung gestellt werden, sodass die Betreuung auch von Personen geleistet werden kann, die nicht zur unmittelbaren Familie gehören. Es besteht ein Bedarf an mehr und besseren Möglichkeiten, um das Arbeits- und das Familienleben durch die Umsetzung familienfreundlicher Politikkonzepte miteinander zu verbinden; dazu gehört auch die Bereitstellung bezahlbarer, erreichbarer, qualitativ hochwertiger Betreuungseinrichtungen sowohl für Kinder als auch für ältere Menschen, die mit ihrer Familie leben. Es ist wichtig, nach Lösungen zu suchen, die die Rechte und Möglichkeiten der älteren Menschen berücksichtigen, die nicht von ihren nächsten Familienmitgliedern betreut werden. Ebenso wichtig ist es, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Rechte und des Potentials dieser älteren Menschen zu ergreifen und sicherzustellen, dass ein harmonisches Miteinander von älteren Menschen, Familie und Gesellschaft durch die Organisation von Betreuungseinrichtungen gewährleistet wird.

80. Viele Frauen, insbesondere ältere, erfahren immer noch Nachteile in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Häufig erhalten sie niedrigere Löhne, genießen einen geringeren Sozialschutz als Männer, sind in entscheidungstragenden Positionen unterrepräsentiert und stoßen auf Hindernisse beim Zugang zu ausreichenden Bildungsangeboten und angemessener Berufsausbildung. Als Folge der traditionellen geschlechtsspezifischen Aufteilung von Berufs- und Familienpflichten leisten sie immer noch den überwiegenden Großteil der Hausarbeit und sind

die Schlüsselpersonen bei der Kinder- und Altenbetreuung. Zudem leben Frauen häufiger in Armut und sind häufiger das Opfer sozialer Ausgrenzung.

81. Die folgenden Ziele müssen erreicht werden, um diese Verpflichtung zu erfüllen:

Verwirklichung der uneingeschränkten Gleichstellung von Mann und Frau

82. Die Regierungen sollten Maßnahmen zur Einbeziehung der Dimension der Chancengleichheit von Mann und Frau in sämtliche Bereiche der Politik ergreifen und alle Hindernisse in diesem Zusammenhang entfernen, jegliche Form der Diskriminierung der Frau beseitigen und den Aufstieg sowie das eigenverantwortliche Handeln von Frauen während ihres gesamten Lebens fördern. Insbesondere die ökonomische und soziale Unabhängigkeit der Frauen ist zu fördern. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um einen gleichen Zugang und eine gleiche Behandlung von Mann und Frau in den Bereichen Bildung, Sozialschutz, Beschäftigung, berufliche Ausbildung und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Ebenso sollten Maßnahmen getroffen werden, die die Beteiligung von Frauen in der Politik als Wählerinnen und Kandidatinnen und eine gleichberechtigte Beteiligung an Entscheidungsprozessen und in Führungspositionen unterstützen. Die Regierungen sollten den besonderen Gesundheitserfordernissen von Frauen, einschließlich der reproduktiven- und sexuellen Gesundheit nachkommen, Chancen für ältere Frauen schaffen, sich für sie betreffende Fragen der Gesundheit einzusetzen, und ihre Mitwirkung an Entwicklungsprogrammen fördern, um die von den Frauen selbst aufgezeigten Probleme besser angehen zu können. In diesem Zusammenhang sollten ausdrückliche kurz- und langfristige Ziele oder messbare Ergebnisse abgesteckt und dort, wo dies angebracht erscheint, Quoten und/oder andere Maßstäbe in Betracht gezogen werden.

Verwirklichung der vollen Gleichstellung von Mann und Frau bei ihrem Beitrag zur Wirtschaft

83. Die Regierungen sollten die ökonomischen Rechte der Frauen, insbesondere von älteren Frauen, einschließlich ihres Zugangs zu den wirtschaftlichen und anderen Ressourcen (wie z.B. Geschäftsdarlehen) und der Kontrolle darüber sowie zu Beschäftigung und angemessenen Arbeitsbedingungen auf gleichberechtigter Basis fördern. Sie sollten Gesetze verabschieden, die gleiche Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer gewährleisten, um Frauen, insbesondere ältere, vor jeder Form geschlechtsbezogener Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu schützen. Die Regierungen sollten geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienleben sowohl für Frauen als auch für Männer zu erleichtern und hartnäckige geschlechtsbezogene Klischeevorstellungen zu überwinden. Die Unternehmen sollten bei der Entwicklung entsprechender Vereinbarungen unterstützt werden und bestehende Praktiken und Politiken ändern, um die Karriereaussichten von Frauen zu verbessern, weibliche Unternehmenstätigkeiten zu fördern, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz zu bekämpfen und Frauen und Männern dabei zu helfen, Familienpflichten mit ihrer Arbeitsplatzsituation in Einklang zu bringen.

Gewährleistung des gleichen Zugangs von Frauen zum sozialen Schutz und zu den Sozialversicherungssystemen

84. Die Regierungen und gegebenenfalls die Sozialpartner sollten sicherstellen, dass Frauen uneingeschränkten und gleichberechtigten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen haben und deren Leistungen voll in Anspruch nehmen können. Sozialversicherungspolitische Konzepte sollten nötigenfalls darauf hin überprüft werden, ob sie die beruflichen und familiären Pflichten von Frauen und Männern während des gesamten Lebens voll berücksichtigen.

Förderung der Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau in der Familie

85. Die Regierungen sollten Maßnahmen zur Unterstützung und Erleichterung einer gerechten Aufteilung der Familien- und Betreuungspflichten zwischen Frauen und Männern för-

dern. Dies könnte durch die Umsetzung familienfreundlicher politischer Konzepte, die Schaffung vermehrter und besserer Möglichkeiten der Verbindung von Arbeits- und Familienleben, die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Betreuungshilfen für Kinder und ältere Menschen, die bei ihren Familien leben, erreicht werden. Es ist wichtig, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Rechte und das Potential der älteren Menschen, einschließlich derjenigen ohne Familien, oder derjenigen, die nicht von ihren unmittelbaren Angehörigen betreut werden, zu wahren.

VERPFLICHTUNG 9

UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN, DIE ÄLTERE MENSCHEN BETREUEN, UND FÖRDERUNG INTERGENERATIONELLER UND INTRAGENERATIONELLER SOLIDARITÄT UNTER DEN FAMILIENANGEHÖRIGEN

86. Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft und sollte als solche gestärkt werden. Sie hat Anspruch auf umfassenden Schutz und Unterstützung. In den verschiedenen kulturellen, politischen und sozialen Systemen gibt es unterschiedliche Familienformen. Die Rechte, Fähigkeiten und Pflichten der Familienmitglieder müssen respektiert werden. Die Familie ist die wichtigste Triebkraft für eine nachhaltige soziale Entwicklung und die Erhaltung der Werte einer Gesellschaft. Sie ist auch ein Schlüsselfaktor für die Stabilität der Gemeinde. Zusammen mit den Kommunen bildet sie einen starken Rahmen für die Entfaltung und das Wohlbefinden ihrer Mitglieder sowie für intergenerationale und intragenerationelle Solidarität. Kinder werden in Familien und Gemeinden geboren, ernährt, sozialisiert und darauf vorbereitet, Verantwortungen wie Lernen, Arbeit, Elternschaft und Solidarität zu übernehmen. Und in der Familie und der Gemeinde stehen ältere Menschen traditionell in Kontakt mit Mitgliedern jüngerer Generationen, dort werden sie betreut und dort sterben sie.

87. Die sich verändernde und alternde Bevölkerung geht mit einer tiefgreifenden Änderung der Familienstrukturen einher. Die durchschnittliche Größe einer Familie nimmt ab, die Anzahl der Generationen innerhalb der multigenerationellen Familien nimmt zu, und jede der aufeinander folgenden Generation ist tendenziell kleiner als die vorangegangene. Dieses Bild wird durch die zunehmende Instabilität der Ehe noch komplexer. Besonders im hohen Alter spielen entfernte Verwandte und kleine private Verbindungsnetze wie Nachbarn und Freunde eine wichtige Rolle und können als Familiennetze bezeichnet werden. Auch der wirtschaftliche und soziale Wandel hat Auswirkungen auf die Lebensqualität der Familien, beeinflusst die Beziehungen in der Familie und verändert die Rolle der einzelnen Familienmitglieder.

88. Familienpolitische Konzepte und/oder Politikkonzepte, die auf die Chancengleichheit der Familienmitglieder abzielen, sind in den verschiedenen Ländern der Region unterschiedlich. Sie basieren auf Gesetzen, Regelungen und Programmen, die spezifische Ziele für die Familie als Ganzes oder für ihre einzelnen Familienmitglieder verfolgen. Diese Konzepte sollten auf die Konsequenzen aus den veränderten Familienstrukturen und den veränderten Rollen ihrer einzelnen Mitglieder eingehen.

89. Die folgenden Ziele sollten Teil dieser Verpflichtung sein:

Anpassung an die Bedürfnisse und die veränderte Rolle der einzelnen Familienmitglieder und Stärkung der intergenerationalen und intragenerationellen Solidarität

90. Die Regierungen sollten politische Maßnahmen und Programme initiieren, die den speziellen Bedürfnissen aller Familienmitglieder entgegenkommen und gleichzeitig ihre Rechte, Fähigkeiten und Pflichten berücksichtigen. Zu diesem Zweck sollten sie die Familie unterstützen, schützen und stärken, um den Bedürfnissen der Familienmitglieder durch die Förderung sozialer, wirtschaftlicher und familienpolitischer Maßnahmen, die die intergenerationale und intragenerationelle Solidarität fördern und stimulieren, angemessen zu entsprechen. Ein wichti-

ges Element in dieser Hinsicht ist die Gewährleistung der Gleichstellung von Mann und Frau während des gesamten Lebens, wobei das Augenmerk besonders auf die Aufteilung der Pflichten im Zusammenhang mit Arbeit und Einkommen, Betreuung abhängiger Familienmitglieder und Sozialschutz gerichtet werden sollte.

91. Ältere Menschen tragen auf unterschiedliche Weise zum Wohlbefinden ihrer Familien bei, wozu auch die Wahrnehmung von Aufgaben wie die Betreuung von Kindern und anderen Familienmitgliedern gehört. Die Regierungen sollten das Bewusstsein für den Beitrag, den ältere Menschen für die Gesellschaft leisten, schärfen und Maßnahmen ergreifen, die den Familien helfen, mit den zunehmenden Verantwortungen ihrer älteren Mitglieder umzugehen, um deren Situation zu erleichtern. Die sozialen Infrastrukturen sollten gestärkt werden, um der Verantwortung gerecht zu werden, die Familien hinsichtlich des täglichen Betreuungsbedarfs ihrer Angehörigen zu tragen haben. Zudem ist hervorzuheben, dass neben den Familien auch Gemeinden, Organisationen und Verbände bei der Bereitstellung von Unterstützung und privater Pflege eine wichtige Rolle spielen.

Unterstützung der Familien beim Umgang mit den sozialen und wirtschaftlichen Folgen des demografischen Wandels

92. Die Familien, besonders diejenigen, die ältere Menschen pflegen, haben Anspruch auf umfassenden Schutz und weitgehende Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen gegenüber der Gesellschaft und im Entwicklungsbereich. In dieser Hinsicht sollten die Regierungen danach trachten, familienfreundliche Konzepte und Leistungen einschließlich bezahlbarer, leicht zugänglicher und qualitativ hochwertiger Betreuungsdienste für Kinder und andere abhängige Familienmitglieder, Elternurlaub und anderer Freistellungssysteme zu entwerfen, umzusetzen und zu fördern, um die Öffentlichkeit und andere Beteiligte für eine gleichberechtigte Aufteilung von Beschäftigung und Familienpflichten zwischen Frauen und Männern zu sensibilisieren.

93. Wohnungspolitik und Städteplanung sollten danach trachten, die städtische Infrastruktur auf die Familienbedürfnisse abzustellen und den verschiedenen Generationen das Zusammenleben zu ermöglichen, wenn sie dies wünschen. Es sollte vor allem versucht werden, die Städte den Bedürfnissen von Kindern und älteren Menschen anzupassen, um ihre Beteiligung am Leben der Stadt durch eine bessere Planung von Diensten und Einrichtungen zu erhöhen, wobei auch Sicherheitsfragen bedacht werden sollten. Diese Planung sollte in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Bevölkerungsgruppen erfolgen.

VERPFLICHTUNG 10

FÖRDERUNG DER UMSETZUNG UND WEITERVERFOLGUNG DER REGIONALEN IMPLEMENTIERUNGSSTRATEGIE DURCH REGIONALE KOOPERATION

94. Wie im Internationalen Aktionsplan von Madrid über das Altern 2002 vereinbart, ist die systematische Überprüfung seiner Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen wesentlich für seinen Erfolg bei der Verbesserung der Lebensqualität der älteren Menschen und des sozialen Zusammenhaltes der Gesellschaft. Die Regionalkommissionen der Vereinten Nationen sind verantwortlich für die Übertragung des Internationalen Aktionsplans von Madrid 2002 in regionale Aktionspläne, in die die Zivilgesellschaft und andere entsprechende Interessenvertreter eng einbezogen werden sollten. Auf Anfrage sollten sie auch nationale Institutionen bei der Umsetzung und Überwachung ihrer altenpolitischen Maßnahmen unterstützen. Die Kommission für soziale Entwicklung ist für die allgemeine Weiterverfolgung und Bewertung des Internationalen Aktionsplans von Madrid 2002 verantwortlich und entscheidet bei ihrer nächsten Sitzung über deren Modalitäten.

95. Die Mitgliedsstaaten der UNECE tragen die Hauptverantwortung für die Umsetzung und Folgemaßnahmen der Regionalen Implementierungsstrategie. Die Folgemaßnahmen sollten den Schwerpunkt auf die Stärkung der Zusammenarbeit der UNECE-Mitgliedstaaten bei der Altersproblematik legen und einen produktiven Austausch von Informationen, Erfahrung und besten Praktiken ermöglichen. Die Mitgliedsstaaten sollten der Zivilgesellschaft, darunter den nicht-staatlichen Organisationen und anderen betreffenden Interessenvertretern, Gelegenheit geben, an diesem Prozess mitzuwirken.

96. Die Folgemaßnahmen werden durch die Mitgliedsstaaten auf nationaler Ebene und innerhalb des bestehenden Rahmens von UNECE-Treffen, ggf. einschließlich der jährlichen Sitzung der UNECE unter dem Tagesordnungspunkt „Nachbereitung von Weltkonferenzen“ durchgeführt. Dies soll dem Sekretariat der UNECE erlauben, die Regierungsdelegationen mit Informationen über die Umsetzungsaktivitäten innerhalb der UNECE-Region zu versorgen. Das UNECE-Sekretariat könnte zudem Mitgliedsstaaten spezifische Prioritätsbereiche nahe legen, die eingehender zu analysieren wären, und ggf. Richtlinien für die Berichterstattung im Nachbereitungsprozess empfehlen, um sicherzustellen, dass diese Nachbereitung mit der gesamten Umsetzung des Internationalen Aktionsplans von Madrid 2002 übereinstimmt

97. Bei ihrem Beitrag zu diesem Prozess sollten die nicht-staatlichen Organisationen die Geschäftsordnung der Kommission beachten. Die UNECE leistet Mitgliedsstaaten auf Anfrage Hilfestellung bei der Umsetzung der Regionalen Implementierungsstrategie und bei der Einschätzung der Ergebnisse der Strategie auf nationaler Ebene, mit der Unterstützung von Experten zwischenstaatlicher Organisationen und interessierter nicht-staatlicher Organisationen, die sich mit Altenarbeit befassen.

98. In Berücksichtigung der Entscheidungen der Kommission für soziale Entwicklung werden die UNECE-Mitgliedstaaten in Zusammenhang mit der allgemeinen Nachbereitung so früh wie möglich weitere Entscheidungen über die Verfahren und den Zeitplan hinsichtlich der regionalen Folgemaßnahmen treffen. Eine erste Gesamtbewertung der Umsetzung der gesamten Regionalen Implementierungsstrategie sowie ihres Zeitplanes und ihrer Durchführungsmodalitäten sollte in Übereinstimmung mit den Entscheidungen der Kommission getroffen werden.

99. Folgemaßnahmen bei der Durchführung der Regionalen Implementierungsstrategie durch das UNECE-Sekretariat sind mit den vorhandenen Mitteln zu finanzieren. Wie in Absatz 112 des Internationalen Aktionsplans von Madrid 2002 festgelegt, könnte der Wirtschafts- und Sozialrat eine Kapazitätsstärkung der UNECE in Erwägung ziehen.

100. Um Doppelarbeit zu vermeiden, sollten die Folgemaßnahmen der Regionalen Implementierungsstrategie in Übereinstimmung mit der allgemeinen Umsetzung des Internationalen Aktionsplans von Madrid 2002 durchgeführt werden und die Verfahren und den Zeitplan der globalen Überwachung und Überprüfung dieses Plans beachten. Dieser Prozess sollte grundlegend auf der Arbeit aller betroffenen Institutionen, insbesondere jener, die in den Bereichen Statistik, Indikatoren, Ausbildung und Forschung tätig sind, beruhen.